

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Grosse Vorbehalte zum Konzeptbericht Mobility Pricing**

Solothurn, 8. September 2015 – Der Regierungsrat bringt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) gegen den Entwurf „Konzeptbericht Mobility Pricing Ansätze zur Lösung von Verkehrsproblemen für Strasse und Schiene in der Schweiz“ grosse Vorbehalte an. Er ortet im Konzeptentwurf diverse Lücken und offene Fragen, welche für eine vertiefte Meinungsbildung zu schliessen resp. zu beantworten sind. Er vertritt insbesondere die Meinung, dass ein Mobility Pricing zu keinen wirtschaftlichen und sozialen Nachteilen führen darf.

Der Konzeptbericht soll – so der Bundesrat - als Grundlage für eine gesellschaftliche und politische Diskussion und zur Entscheidungsfindung betreffend Mobility Pricing dienen. Er stellt mit seinem Berichtsentwurf Lösungen vor, wie mittels einer zeitlich differenzierten „Bepreisung“ der Mobilität die Verkehrsspitzen auf der Strasse und der Schiene gebrochen werden könnten („Mobility Pricing“).

Für den Regierungsrat lässt der Konzeptbericht offen, wie stark die Preise zwischen Spitzen- und anderen Zeiten ausdifferenziert werden müssten, damit ein Mobility Pricing trotz allen beruflichen und gesellschaftlichen Zwängen, die zu Hauptverkehrszeiten führen, eine Wirkung entfalten könnten.

Deshalb vermisst die Regierung grundsätzliche konzeptionelle Aussagen zum Pricing-Konzept und dessen Wirkung, insbesondere Aussagen zur Ausdifferenzierung der Preise und den entsprechenden Auswirkungen (Elastizitäten).

Auch würden die mit einem Mobility Pricing verbundenen sozialen Auswirkungen lediglich gestreift. Er warnt aber auch vor dem zusätzlichen administrativen Aufwand.